

39. Sitzung des Bundesrates vom 30. Mai 1952.

Vorsitz: Herr Bundespräsident Kobelt.

Abwesend: Niemand.

Schriftführer: HH. BK. Oser und VK. Weber.

- Das Protokoll der 34. Sitzung wird genehmigt.

Beginn: 09.05 Uhr

Schluss: 12.20

Beurteilung der allgemeinen Lage.

Auf Antrag von Herrn Petitpierre wird beschlossen, Freitag, den 6. Juni eine Aussprache über die welt-politische Lage zu haben. Herr Feldmann erklärt dazu, dass der Eindruck bestehe, dass die Kommunisten ihre Taktik gegenüber der Schweiz geändert hätten.

Verhandlungen mit Ostdeutschland.

Herr Petitpierre orientiert über diese Verhandlungen, die abgebrochen werden mussten. Es handelte sich um Abschluss eines Handelsvertrages und um Schutz der dort lebenden Schweizer. Wir hätten zwei Möglichkeiten zum Ziel zu kommen. Die eine wäre Anerkennung der Ostdeutschen Regierung durch Aufnahme diplomatischer Beziehungen. Damit würden wir die Teilung Deutschlands anerkennen. Für das gleiche Gebiet kann es nicht zwei Regierungen geben. Die andere Möglichkeit ist der Abschluss eines Handelsvertrages und das Offenlassen aller anderen Fragen. Wenn wir mit Bonn diplomatische Beziehungen aufgenommen haben, so haben wir auch dem Umstande Rechnung getragen, dass in der Schweiz von 60 000 Deutschen nur 60 Bonn nicht anerkennen, sondern die ostdeutsche Regierung.

Herr Escher: Welches sind die Lebensbedingungen der Schweizer?

Herr Petitpierre: Im allgemeinen haben die Deutschen ihre Interessen gewahrt. Die Lage hat sich geändert, als wir mit Westdeutschland Beziehungen aufgenommen haben. Wir schicken diesen Schweizern noch Lebensmittel durch unsere Delegation in Berlin. Ich würde mich nicht wundern, wenn die Behörden von Ostdeutschland uns erklären würden, dass unsere Delegation dort nichts zu suchen hat. Für Schweden stellt sich die Frage nicht, weil es keine schwedischen Kolonien in Ostdeutschland hat.

Herr Bundespräsident: Als Nachbarstaat mussten wir Westdeutschland anerkennen.

Kernphysikalische Forschung. Errichtung eines Laboratoriums in Genf.

Herr Petitpierre: Wir haben grosses Interesse daran, dass dieses Laboratorium in Genf errichtet wird. Es handelt sich um rein wissenschaftliche Arbeiten. Ausbeutung der Atomenergie für industrielle Zwecke wird sehr grosse Bedeutung haben. Wegen des Baues wird es ein neues Abkommen geben. Ist der Bundesrat dafür, dass das Komitee sich für eine Errichtung des Laboratoriums in Genf ausspricht?



Herr Etter: Was kostet uns das.

Herr Petitpierre: Für die Studien sind 100 000.- Fr. vorgesehen. Für Laboratoriumsbau wird neue Vorlage kommen.

Herr Etter: Ist Herr Scherrer einverstanden.

Herr Petitpierre: Ja.

Herr Weber: Ich weiss nicht, ob wir vom Standpunkt der Neutralität aus ein grosses Interesse haben. Zudem finanzielle Frage. Das Land, das das Laboratorium hat, wird am meisten zahlen müssen. Wir können es nicht wohl ablehnen.

Herr Petitpierre: Wir müssen keine Demarchen machen. Mehrheit der Staaten ist dafür, dass es nach Genf kommt.

Was uns mehr belasten wird, wenn das Laboratorium nach Genf kommt ist der Boden, den wir zur Verfügung stellen müssen und der grössere Anteil an den Baukosten. Für den Betrieb werden wir keinen grösseren Beitrag zahlen, als wenn das Laboratorium anderswo als in Genf erstellt würde.

Herr Rubattel: Hat man ETH und Universitäten angefragt, wie sie sich dazu stellen?

Herr Etter: Meine Frage wegen Herrn Prof. Scherrer war im gleichen Sinne gemeint. Persönlich begrüsse ich es, wenn das Institut nach Genf kommt, weil Westschweiz sich gegenüber Ostschweiz oft benachteiligt fühlt.

Herr Petitpierre: Herr Prof. Scherrer hat erklärt, wir haben Interesse daran, weil uns unsere Physiker weglafen, wenn sie keine solche Gelegenheit in der Schweiz haben. Eine Konkurrenzgefahr mit bestehenden Hochschulen besteht nicht.

Herr Rubattel: Es hat grosse industrielle Unternehmungen, die auch an dieser Forschung interessiert sind. Kann man diese Kreise auch für das Laboratorium interessieren?

Herr Petitpierre: Ja, man denkt daran auch diese Unternehmungen zu interessieren. Auch Genfer Behörden sind einverstanden.

#### Versuche mit der Napalbombe.

Es findet ein Meinungs austausch statt über die Opportunität an solchen Versuchen der amerikanischen Besetzungsbehörden teilzunehmen.

#### Empfang der Delegation für Frauenstimmrecht.

Herr Etter: Herr Feldmann und ich haben diese Delegation empfangen und angehört. Sie haben uns ihren Standpunkt erläutert und eine Vertreterin ist so weit gegangen zu erklären, dass es nicht richtig sei, dass die Frau die gleiche Niederlassungsfreiheit habe wie der Mann, weil das ZGB erklärt, dass der Ehemann das Domizil bestimme.

Das Wesentliche an der Aussprache war, dass man uns erklärte, die Angelegenheit werde erneut durch eine Motion in den eidgenössischen Räten aufgeworfen werden.

Die Motion soll Aenderung der Verfassung verlangen. Der Bundesrat möge Annahme der Motion empfehlen.

Wir haben den Damen erklärt, dass wir nicht materiell zur Frage Stellung nehmen können, aber dass wir die Angelegenheit wohlwollend prüfen wollen. Ueber die Aussprache haben dann die Damen eine Mitteilung durch die Depeschenagentur herausgegeben, die weit über das hinausschiesst, was wir erklärt haben.

Das sollte richtiggestellt werden. Ich habe deshalb ein Communiqué vorbereitet über unsere Aussprache in der heutigen Sitzung.

Herr Feldmann: Ich habe festgestellt, dass es sich um eine nationale und nicht um eine internationale Angelegenheit handelt. Ich habe Ihnen das Plakat in Erinnerung gerufen, wo Schweiz als kleiner scharzer Fleck auf einer Weltkarte dargestellt war. Man hat uns dort als rückständiger hingestellt als die Volksdemokratien. Habe Eindruck, dass Sache nicht zur Ruhe kommen wird. Auf beiden Seiten sollte man Objektivierung suchen.

Es ist nicht sicher, dass eine Motion in beiden Räten angenommen wird.

Wir sind der Meinung, dass der Bundesrat Angelegenheit objektiv prüft, wenn von den Räten neu eingegriffen wird.

Der Rat teilt diese Meinung.

#### Huilerie de Morges.

Herr Rubattel: Die Gesellschaft möchte ihre Aktien an eine ausländische Gruppe verkaufen. Die Landesversorgung ist auch ohne dieses Oel sichergestellt. Die Lage der Fabrik ist nicht günstig mit Bezug auf Luftangriffe.

Herr Etter: Einverstanden. Man sollte die Bestimmungen des OR vorbehalten, wonach die Mehrheit der Verwaltung aus Schweizerbürgern bestehen muss.

So beschlossen.

#### Preiskontrolle.

Herr Rubattel: orientiert über die Verhandlungen der nationalrätlichen Kommission. Es handelt sich um einen Kampf zwischen den Bürgerlichen und den Sozialdemokraten. Die Mehrheit ist damit einverstanden, dass der Bund Vorschriften über Miet- und Pachtzinse und zum Schutze der Mieter erlässt und dass er Höchstpreisvorschriften erlassen und Preisausgleichsmassnahmen treffen kann für Waren, deren Preisbildung durch Schutz- und Hilfsmassnahmen des Bundes beeinflusst wird. Sie möchten im Ausführungsgesetz die Delegation an den Bundesrat vorsehen, während wir im Verfassungszusatz die Bundesversammlung ermächtigen wollten, den Bundesrat mit dem Erlass von Vorschriften zu beauftragen; die Minderheit ist für die Anträge des Bundesrates.

Wir sollten vor der Kommission, die noch einmal zusammentreten wird, unsern Standpunkt teilweise aufrechterhalten, dazu gehört unbedingt die Ueberwachung der Preise.

Herr Etter: Habe seinerzeit aus Ueberzeugung den Anträgen des EVD zugestimmt. Diese Ueberzeugung ist mir geblieben. Opposition übersieht, dass wir in abnormalen Verhältnissen stecken. Ein Misstrauen gegenüber Bundesrat ist nicht gerechtfertigt, weil er immer den realen Verhältnissen Rechnung getragen hat. Sonderbar ist, dass

die gleichen Kreise heute für Vollmachten an den Bundesrat sind, die vorher am heftigsten die Abschaffung der Vollmachten verlangten. Die vorgesehene Lösung schafft zwei Warenkategorien, die eine, die der Preiskontrolle untersteht und die andere, die ihr nicht untersteht. Was der Bundesrat vorgeschlagen hatte, war das Richtige. Nun bin ich damit einverstanden, dass wir nicht auf der ganzen Linie festhalten, um das Wesentliche zu retten.

Herr Petitpierre: Wir sollten dem Chef des EVD Freiheit lassen, soviel vom ursprünglichen Antrag zu retten als möglich. Die Argumente der Kommissionsmehrheit werden an Gewicht verlieren. Sitzung war in einem Zeitpunkt, in dem Opposition am grössten war.

Herr Escher: Ich war für die Vorlage nicht begeistert. Heute frage ich mich aber, ob wir ohne weiteres nachgeben sollten.

Herr Feldmann: Die Kommission des Nationalrates will Verfassungszusatz aber ohne Ermächtigungscharakter. Durch das dem Referendum unterstellte Ausführungsgesetz soll dann der Bundesrat mit dem Erlass der Vorschriften beauftragt werden, während der Bundesrat eine Regelung auf der Gesetzesstufe vorgesehen hatte.

Wenn unsere Stellungnahme seinerzeit richtig war, dann dürfen wir wegen der Campagne, die sich dagegen erhoben hat, nicht zurückweichen. Diese Opposition ist noch lange nicht die öffentliche Meinung. Man soll die Campagne nicht zu tragisch nehmen.

Wenn Nationalrat anders entscheidet als der Bundesrat, dann liegt Verantwortung bei ihm. Wenn wir jetzt unsere Stellung wechseln, dann verwischen wir die politische Verantwortlichkeit. Darum sollten wir an unserm Prinzip festhalten.

Herr Weber: Hatte von Anfang an Eindruck, dass diese Opposition von einem kleinen Kreise ausgeht.

Schon die Einlenkung auf die Form eines Verfassungszusatzes bedeutet das Eingeständnis, dass man den Irrtum erkannt hat. Wir sollten an unserm Standpunkt festhalten und nur in einem Punkte eine Konzession machen bei der Referendums Klausel. Das wäre annehmbar unter der Voraussetzung, dass man dem Bundesrat Gelegenheit gibt, rasch einzugreifen.

Grosse Lücke im Beschluss der nationalrätlichen Kommission ist die, dass man bei Preiserhöhungen infolge Verknappung von Waren nicht eingreifen kann. Dann wird die Konkurrenz sicher nicht für Niederhaltung sorgen.

Bei Ausbruch des Koreakrieges war es unsere grosse Chance, dass wir die Preiskontrolle noch hatten. In USA, wo sie fehlte, war der Schaden schon geschehen, bis man die Preiskontrolle wieder hatte. Lage kann sich auch bei uns im Laufe des Sommers so ändern, dass Chancen für die Vorlage wieder günstiger werden.

Herr Bundespräsident: Ich glaube, dass wir mit unserm Beschluss das Richtige getroffen haben. Das Volk erkennt die Gefährlichkeit der Lage nicht. Herr Rubattel soll seine Verteidigungsstellung nicht zu früh aufgeben, er soll aber nicht auf verlorenem Posten verbluten.

Herr Rubattel: Ich werde Standpunkt des Bundesrates integral verteidigen.

- 5 -

Herr Petitpierre: Man soll der Presse mitteilen, dass Bundesrat das Departement beauftragt hat, an der Vorlage des Bundesrates festzuhalten.

Waffenausfuhr.

Herr Escher überreicht dem Herrn Bundespräsidenten einen Zeitungsartikel über Waffenausfuhr.

Delegiertenversammlung des Hotellerverbandes.

(s. ordentliches Protokoll.)

In Vertretung des verhinderten Herrn Escher wird Herr Bundesrat Feldmann am 5. Juni nach Montreux gehen.

Tabakvorlage. Abstimmungsdatum.

(s. ordentliches Protokoll.)

Es wird festgestellt, dass über die Tabakvorlage und die Luftschutzbauten im Oktober abgestimmt werden sollte und über die Preiskontrolle im November.

Swissair. Kriegsgewinnsteuer. Erlassgesuch.

Herr Weber orientiert, dass die Swissair ursprünglich mit 1,3 Mio. Fr. veranschlagt worden sei. Erlasskommission hat auf 500'000 reduziert, dabei Sanierung berücksichtigt. Dann weitere Reduktion auf 400'000 Fr., wovon nur 300'000 bezahlt werden müssen. Daraufhin Schreiben der Swissair an Bundesrat, der aber nicht Rekursinstanz ist.

Ich habe bei Erlasskommission interveniert. Herr Livescu schreibt mir, es liege kein Wiedererwägungsgesuch vor und keine neue Tatsachen- Swissair gibt in der Eingabe selber zu, man sei ihr genügend entgegengekommen. Die Bedeutung der Swissair für die Luftfahrt der Schweiz hat nicht Erlasskommission zu berücksichtigen.

Erlasskommission hat beschlossen, keine weitere Herabsetzung zu bewilligen. Herr Streuli, der für weiteren Erlass gestimmt hatte, hätte in den Ausstand gehört.

Bundesrat sollte nicht eingreifen. Man kann das der Swissair zumuten, weil Rechnungsabschluss günstig und sie 4 % Dividende auszahlen kann.

Herr Bundespräsident: Ich bin erstaunt über diesen Entscheid der Erlasskommission. Ich verstehe diese Haltung nicht, nachdem der Bundesrat ihnen ein weiteres Entgegenkommen nahegelegt hat.

Es wird beschlossen, über die Angelegenheit in der Sitzung vom 3. Juni weiter zu diskutieren.

Beschlüsse auf Grund schriftlicher Anträge.

Bundeskanzlei

Veröffentlichung der Gesetze und anderer Erlasse.

Politisches Dept.

Kodifikation des Affidavitwesens.

Herr Weber ist damit einverstanden, dass die im Mitbericht aufgeworfenen Fragen getrennt behandelt werden. Er erklärt sich auch mit dem Communiqué einverstanden. Auf Antrag von Herrn Feldmann wird der Ausdruck gesetzliche Regelung ersetzt durch rechtliche Regelung und statt in Gesetzesform soll es heissen in einem rechtsverbindlichen Erlass.

Geschäftsbericht Gesandtschaft Bukarest.Geschäftsbericht Gesandtschaft Budapest.3ème session du comité intergouvernemental provisoire pour les mouvements migratoires d'Europe.

Dept. des Innern

Commission fédérale des arts appliqués.4ème congrès internationale de sciences onomastiques.

Justiz &amp; Polizeidept.

Verhandlungen mit Deutschland über die Unterstützung der beiderseitigen Staatsangehörigen.Recours de la société d'édition du journal Voix-Ouvrière.

Militärdept.

Ausrüstung des Heeres mit Schuhwerk.

Finanz- &amp; Zolldept.

Besteuerung der Schiff- und Luftfahrt. Botschaft.Urlaub zum Besuche der Schweiz. Uof-Tage 1952 in Biel.Abänderung des BG über Dienstverhältnis der Bundesbeamten.

Volkswirtschaftsdept.

Massnahmen zugunsten des Fremdenverkehrs.Preisfestsetzung für Zuckerrüben.Erdölschürfung und -ausbeutung.

Herr Feldmann: Auf Seite 2 wird Begutachtung vorgeschlagen durch anerkannten Staatsrechtslehrer. Die Justizabteilung sollte Verantwortung für die Begutachtung übernehmen.

Zeittabelle: Sofort Begutachtung.

Inzwischen in der Junisession Interpellation begründen und beantworten. Stellungnahme des Bundesrates. Fühlungnahme mit Kantonen.

- 7 -

Herr Rubattel: Einverstanden mit Begutachten. M.E. soll Bundesrat erst Beschluss fassen, nachdem er die Kantone angehört hat.

Herr Petitpierre: Mit Vorgehen einverstanden. Es scheint mir etwas früh zu sein, wenn Interpellation schon im Juni beantwortet wird.

In der ständerätlichen Kommission für auswärtige Angelegenheiten waren alle Herren der Meinung, dass es sich um eine eidgenössische Angelegenheit handle. Ich bin überzeugt, dass das Parlament für eine Verfassungsrevision zu haben wäre.

Herr Bundespräsident: Die Interpellation wäre nützlich, damit sich die öffentliche Meinung bilden kann.

Herr Rubattel: Das war auch meine Ansicht.

Herr Petitpierre: Alles was wir über dieses Problem diskutieren, wird auch im Ausland besprochen werden. Man soll der Sache nicht zu grosse Publizität geben.

Kleine Anfrage Jaeckle.

35. Arbeitskonferenz. Instruktionen.

Bei Ziff. 6 Zusammenarbeit der Behörden soll der Kommission noch die mündliche Präzisierung auf den Weg gegeben werden, dass sie zustimmen soll, wenn eine Empfehlung vorgeschlagen wird.

Einschränkungen in der Verwendung von Flugbenzin.

Die Festsetzung des Datums des Inkrafttretens wird dem EVD überlassen.

Post & Eisenbahndept. Eidg. Expertenkommission für Eisenbahn-Rückkaufsfragen.

Kleine Anfrage Tenchio.

---